Vereinigtes Königreich

ROGER MORGAN

Die Debatte über die EG-Mitgliedschaft

1982 war das zehnte Jahr der britischen Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, und mit dem Herannahen des zehnten Jahrestages des Beitritts im Januar 1983 erhielt die sattsam bekannte britische Debatte über Vor- und Nachteile der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft neuen Auftrieb. Die Regierung unter Margaret Thatcher und die Konservativen im allgemeinen vertraten weiterhin den Standpunkt, daß die britische Mitgliedschaft von unstrittiger wirtschaftlicher und politischer Bedeutung sei, daß es aber ebenso darauf ankomme, eine endgültige Lösung für das anhaltende Problem des unausgewogenen britischen Beitrags zum Gemeinschaftshaushalt zu finden. Die Konservative Partei hob darüber hinaus mit Nachdruck die außenpolitischen Aspekte der Gemeinschaftsangelegenheiten hervor, darunter auch die Unterstützung, die Großbritannien während der Falkland-Krise im Frühjahr 1982 durch seine Gemeinschaftspartner erhalten hatte. Diese außenpolitische Dimension der EG-Mitgliedschaft war für die britische Öffentlichkeit natürlich von besonderer Attraktivität. Im weiteren Verlauf des Jahres hielten Mitglieder des Kabinetts Thatcher eine Reihe von Reden in wichtigen Städten der Gemeinschaft – darunter Kopenhagen, Paris, Rom, Düsseldorf, Luxemburg und Bremen –, in denen sie die Gesichtspunkte der britischen Regierung erläuterten und konkrete Vorschläge zu verschiedenen Bereichen der Gemeinschaftspolitik – Landwirtschaft, Technologie, Energie, Handel, Umwelt – unterbreiteten.

Seitens der Labour-Opposition behielt die auf den Parteikonferenzen 1980 und 1981 beschlossene politische Linie weiterhin Gültigkeit, wonach die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft für Großbritannien nur Verdruß gebracht habe und eine künftige Labour-Regierung für den Austritt sorgen werde. Diese, vom nationalen Exekutivausschuß der Partei wiederholt bestätigte, kompromißlose Linie wurde allerdings durch andere öffentliche Erklärungen etwas abgeschwächt. So deutete beispielsweise Parteiführer Michael Foot anläßlich eines Besuchs in Brüssel Anfang 1982 an, daß der Rückzug aus der Gemeinschaft für eine Labour-Regierung eine weniger hohe Priorität als Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit haben werde. Die Partei selbst tat ihre Absicht kund, über einen Austritt aus der Gemeinschaft in ‚freundschaftlicher' Weise zu verhandeln und zugleich die Möglichkeit einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und dem Ex-Mitglied Großbritannien zu gewährleisten.

Die neue ‚Dritte Kraft' in der britischen Politik, das Bündnis zwischen der Liberalen Partei David Steels und der Sozialdemokratischen Partei (die mit der Wahl von Roy Jenkins zum Parteiführer im Juli 1982 ihr europäisches Engagement bekräftigte) vertrat weiterhin Standpunkte, die erheblich von denen der beiden großen Parteien abweichen. Statt – wie die Konservativen – mit großem Nachdruck Forderungen nach einer finanziellen Rückerstattung aus der Gemeinschaftskasse, oder – wie Labour – einem totalen Rückzug aus der Gemeinschaft zu stellen, tritt das Bündnis vielmehr für eine Reform des Gemeinschaftshaushalts durch die Ingangsetzung neuer Politiken außerhalb des Agrarbereichs und eine Verstärkung der Gemeinschaftsinstitutionen in Richtung einer Europäischen Union ein.

Diese kurze Skizzierung der Parteipositionen muß allerdings dahingehend ergänzt werden, daß es – vor allem in den beiden großen Parteien – auch Minderheitsmeinungen gibt. Innerhalb der Konservativen Partei gibt es die Europäische Reformgruppe; ein kleiner Kreis von Skeptikern unter Führung des früheren Ministers Edward Taylor, der eine radikale Verbesserung der britischen Position im gemeinschaftlichen Haushaltssystem fordert und für den Fall der Nichterfüllung dieser Forderung mit dem Austritt droht. Umgekehrt steht auf seiten der Labourpartei der Forderung der Partei nach kompromißlosem Austritt aus der Gemeinschaft das ‚Labour Committee for Europe' gegenüber, daß mit einer gewissen Autorität und sogar untersützt aus Kreisen der Parteilinken in seinen Publikationen empfiehlt, dem Europäischen Währungssystem beizutreten und für eine gemeinschaftliche Industriestrategie einzutreten. Auch im Gewerkschaftszweig der Labour-Bewegung ist wegen der Kontakte der britischen Gewerkschaften zum Europäischen Gewerkschaftsbund eine gewisse Zurückhaltung hinsichtlich eines britischen Totalrückzugs zu erkennen[1].

Im Großen und Ganzen aber entsprechen die unterschiedlichen Ansichten über die Europäische Gemeinschaft den Meinungsverschiedenheiten zwischen den politischen Parteien. Einige der am häufigsten zu hörenden Argumente zugunsten einer weiteren britschen EG-Mitgliedschaft kamen jedoch von den Arbeitgeberorganisationen und den ihnen nahestehenden Kreisen. So veröffentlichte die zentrale britische Arbeitgeberorganisation, die Confederation of British Industries, kontinuierlich sogenannte europäische Argumente. Besondere Erwähnung bedarf außerdem eine Untersuchung, die von der britischen Sektion der Europäischen Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die der britischen Unternehmerschaft nahesteht, in Auftrag gegeben worden war. In dieser Untersuchung – „Investment into the United Kingdom by Third Countries"[2] –, die nach ihrer Veröffentlichung im Frühjahr 1982 ein breites Presseecho fand, wird nachgewiesen, daß die Folgen eines britischen Rückzugs aus der Gemeinschaft nicht allein in einer drastischen Beschränkung britischer Exportmärkte bestehen würden, sondern auch im Abzug erheblicher überseeischer Investitionen (USA, Japan, Kanada u.a.) und in einer daraus resultierenden gewaltigen Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Das Haushaltsproblem

Das wichtigste Thema der britischen Beziehungen zur Gemeinschaft war 1982 – wie schon 1981 – das anhaltende Ungleichgewicht zwischen den britischen Zahlungen in den Haushalt der Gemeinschaft und deren Leistungen zugunsten Großbritanniens. Obwohl die britischen Partner 1980 und 1981 jährlichen Rückzahlungen zugestimmt hatte, blieb das Problem als solches ungelöst. Deshalb bemühte sich Großbritannien 1982 um eine langfristige Lösung in dieser Frage. Die britischen Verhandlungsführer forderten zwar nicht eine Reform des Haushalts nach dem Prinzip des „vollen Ausgleiches" (juste retour), wiesen aber immer wieder auf die Anomalie hin, daß Großbritannien, das zu den weniger reichen Mitgliedern der Gemeinschaft gehört (das Pro-Kopf-Einkommen in Großbritannien wird nur noch in Italien, Irland und Griechenland unterschritten), aus dem Gemeinschaftshaushalt weniger als jedes andere Mitgliedsland erhält – und zwar ohne jede Ausnahme. Der Grund ist, wie in britischen Erklärungen hervorgehoben wird, darin zu sehen, daß der größte Anteil der Gemeinschaftsausgaben auf die Landwirtschaft entfällt und Großbritannien von diesen Ausgaben nur sehr wenig erhält. Wie gesagt, wiesen die britischen Vertreter wiederholt darauf hin – auch in amtlichen Veröffentlichungen wurde dies betont –, daß Großbritannien keinen ‚vollen Ausgleich' fordere (in der Tat ist Großbritannien bereit, ein ‚Nettozahler in bescheidenem Rahmen' zu bleiben); es geht den Briten vielmehr darum, zu einem gemeinschaftlichen Prinzip zurückzukehren, wonach das Gefälle zwischen den reicheren und ärmeren Regionen abgebaut werden soll. Erneut wurde betont, daß Großbritannien nicht die Grundprinzipien der Gemeinschaftsfinanzierung in Frage stelle, sondern nur eine vernünftigere Anwendung dieser Prinzipien erreichen wolle. Auch kann nicht von einer Unterhöhlung der Grundprinzipien der gemeinsamen Agrarpolitik die Rede sein, denn Großbritannien unterstützt die Bemühungen der Kommission, die Handhabung der Agrarpolitik zu verbessern, Wege zur Begrenzung der Überschußproduktionen und der damit verbundenen Kosten zu finden sowie ein besseres Gleichgewicht zwischen der Landwirtschaft und anderen Bereichen der Gemeinschaftspolitik herbeizuführen. Auch in diesem Zusammenhang wurde mit Nachdruck festgestellt, daß es den Briten nicht einfach um finanzielle Rückerstattungen gehe, sondern wirklich um die strikte Entwicklung eines breiteren und ausgewogeneren Fächers gemeinschaftlicher Politiken unter anderem im regionalen, sozialen und energiepolitischen Bereich. Andere wichtige Punkte der britischen Argumentation waren, daß Großbritannien seine Solidarität mit seinen EG-Partnern bereits dadurch unter Beweis stelle, daß es Nahrungsmittel zu höheren Preisen von ihnen kaufe, als es sie bei anderen Ländern erhalten könnte, und daß der Anteil des britischen Handels mit der Gemeinschaft am Gesamthandel Großbritanniens von 30 % vor dem Beitritt auf etwa 43 % im Jahr 1982 angestiegen sei. Dies sei ein wichtiger Hinweis auf die britische Bereitschaft, sich den Erfordernissen der EG-Mitgliedschaft anzupassen[3].

Auf der Grundlage dieser Argumente setzte die britische Regierung in den ersten Monaten des Jahres 1982 ihre Bemühungen fort, eine dauerhafte Regelung des Haushaltsproblems durch strukturelle Veränderungen (wie im ‚Mandat' vom 30. Mai 1980 vereinbart worden war) und nicht durch zeitweilige Rückerstattungen wie 1980 und 1981 zu erreichen. Das Problem wurde in der ersten Hälfte 1982 auf zahlreichen Sitzungen erörtert, auch auf dem informellen Treffen der Außenminister in Villers-le-Temple am 8. und 9. Mai und auf der offiziellen Tagung in Luxemburg am 16. Mai. Auf britischer Seite wurde bedauert, daß es zu keiner Vereinbarung über eine langfristige Restrukturierung der Gemeinschaftspolitiken kam, und das schießlich am 25. Mai erreichte Abkommen lediglich wieder eine finanzielle Rückerstattung an Großbritannien (850 Mio. ECU für 1982) auf der Linie der in den beiden Vorjahren praktizierten Rückzahlungen beinhaltete. Das Abkommen vom 25. Mai, daß am 21./22. Juni angenommen wurde, enthielt allerdings auch das Versprechen, vor Ende November 1982 eine Lösung für 1983 und die folgenden Jahre zu finden.

Diese Verpflichtung war im Hinblick auf die anhaltende Kritik an den Kosten der EG-Mitgliedschaft seitens der Labourpartei für die britische Regierung von großer politischer Bedeutung. In der Tat hatte Frau Thatchers Regierung im Verlaufe der Mai-Verhandlungen versucht, ihre Gemeinschaftspartner durch ein Veto gegen die jährliche Erhöhung der Agrarpreise unter Druck zu setzen: der britische Landwirtschaftsminister Peter Walker lehnte als einziger die Preisvorschläge der Kommission ab. Ein britischer Versuch, den ‚Luxemburger Kompromiß' von 1966 ins Spiel zu bringen, wurde von den anderen Partnern zurückgewiesen – sie beschlossen die Preisvorschläge am 17./18. Mai mehrheitlich gegen den Einspruch Großbritanniens. Die Briten zeigten sich, wie vorherzusehen war, über diesen Beschluß höchst irritiert. Die Regierung gab zu verstehen, daß sie erwäge, die britischen Finanzbeiträge an die Gemeinschaft nicht weiterzuzahlen, auch um damit den erneuten Forderungen der Labourpartei, aus der Gemeinschaft einfach auszutreten, zu begegnen. Diese überaus feindseligen Reaktionen auf den Mehrheitsbeschluß der Gemeinschaft wurden indessen von der generellen Einsicht begleitet, daß dieser offensichtliche Präzedenzfall eines Bruchs mit dem ‚Luxemburger Kompromiß' wohl kaum eine Fortsetzung durch weitere Mehrheitsentscheidungen finden werde, weil die Risiken einer Rückkehr zur vertraglich vorgesehenen Mehrheitsabstimmung auch für andere Mitgliedstaaten zu groß sein dürften[5].

Als sich das Jahr 1982 seinem Ende zuneigte, waren nur wenige Fortschritte in Richtung einer Ablösung der gegenwärtig gehandhabten Haushaltsverfahren durch eine dauerhaftere Lösung erkennbar. Auch dem Europäischen Rat am 3. und 4. Dezember in Kopenhagen gelang es nicht, Fortschritte zu erzielen. Aus Frau Thatchers Sicht gab es kaum Anzeichen, daß die Lage im Frühling 1983 günstiger sein könne. Im Gegenteil: Für London kam es sogar zu einem beunruhigenden Rückschlag, als das Europäische Parlament am 14. Dezember den Ergänzungshaushalt für 1982 ablehnte, der auch 850 Mio. ECU für die Rück-

erstattung an Großbritannien enthielt. Die Abstimmung im Parlament (mit der beachtlichen Mehrheit von 258 gegen 79 Stimmen) wurde zwar von dessen Mehrheit mit dem Grundsatz der Ablehnung zwischenstaatlicher Kompromisse und dem Eintreten für die Entscheidungszuständigkeit der Gemeinschaftsinstitutionen begründet, in einigen Kreisen der britischen Öffentlichkeit aber als weiterer Beweis für die Unzuverlässigkeit der Gemeinschaftsinstitutionen betrachtet. Die Krise wurde allerdings schnell entschärft, als zum Jahresende eindeutige Zeichen sichtbar wurden, daß die für 1982 vereinbarten Rückerstattungen auch tatsächlich gezahlt würden. Andererseits wurde klar, daß eine grundlegende Restrukturierung der Gemeinschaftspolitiken wohl erst 1983 in Betracht gezogen werden wird[6].

Neue Gemeinschaftspolitiken

Auch wenn die Haushaltsfrage zwangsläufig die öffentliche Diskussion in Großbritannien über die Gemeinschaft im Jahr 1982 beherrschte, gab es dennoch eine andere Initiative, mit der die Regierung den Nachweis zu führen versuchte, daß sie auch zu den politischen Problemen, vor denen die Gemeinschaft steht, einige Ideen beizutragen habe. Die bereits erwähnten Ministerreden, in denen britische Kabinettsmitglieder in zahlreichen Städten des Kontinents ihre Überlegungen erläuterten, hatten einen doppelten Aspekt: auf der einen Seite ließen sie keinen Zweifel an der Absicht der britischen Regierung, mit Vorschlägen in anderen Bereichen, guten Willen für ihre Haushaltssorgen zu mobilisieren (in Londoner Kreisen wurde das Rednerprogramm etwas zynisch als ‚Herbstoffensive' bezeichnet), auf der anderen Seite enthielten diese Reden tatsächlich Überlegungen von hohem Interesse und Gewicht.

Der Grundtenor wurde von der ersten dieser Reden angegeben, die der britische Außenminister Francis Pym (der bei Ausbruch der Falklandkrise im April Lord Carrington abgelöst hatte) am 10. September in Kopenhagen hielt: „Wir sind, kurz gesagt, in die Gemeinschaft integriert und fest entschlossen, sie weiterzuentwickeln. Es muß im Bereich der Regional- und Sozialpolitik sehr viel mehr geschehen, um denen zu helfen, die unter der Rezession am meisten leiden; wir haben noch keine entscheidenden gemeinsamen Politiken auf industriellem Gebiet; sicher kann auf den vereinbarten Grundprinzipien für die Entwicklung einer energiepolitischen Strategie noch mehr aufgebaut werden; der gemeinsame Binnenmarkt ist, vor allem auf dem Dienstleistungssektor, von seiner Vollendung noch weit entfernt, und wir müssen noch sehr viel mehr die wirtschaftlichen Vorteile des Großraums nutzen, die uns der Gemeinsame Markt bietet, wenn wir zu den Vereinigten Staaten und zu Japan wirksam in Wettbewerb treten wollen. Wir in Großbritannien sind fest entschlossen, die Gemeinschaft in diese und andere Richtungen weiterzuentwickeln."[7]

Die Reden der anderen Minister in den folgenden Monaten von September bis Dezember enthielten harte Kritik an protektionistischen Maßnahmen, so insbesondere auch diejenige des britischen Handelsministers Peter Rees am 16. No-

vember in Bremen: „In dieser schweren Zeit, in der die Wolken der Weltrezession über uns allen hängen, in der das offene Handelssystem, das uns in der Vergangenheit so gute Dienste geleistet hat, in seiner Existenz unzweifelhaft bedroht ist, kommt der Europäischen Gemeinschaft eine entscheidende Rolle zu. Wir müssen weiter am Abbau von Handelsschranken auf dem EG-Binnenmarkt wie auch draußen in der Welt arbeiten. Wir müssen unseren Landsleuten klarmachen, daß man sich des offenen Handels nicht nur in Jahren der Expansion erfreuen darf, sondern daß es wichtig ist, vielleicht noch wichtiger, den offenen Handel in schwierigen Zeiten zu fördern. Wir müssen verdeutlichen, daß er nicht nur denen zugut kommt, deren Arbeitsplätze vom Export abhängen, sondern uns allen als Verbrauchern. Und wir müssen furchtlos eingestehen, daß die Gemeinschaft und ihre Institutionen im Zentrum dieser Debatte stehen".

Zu den Aspekten der Handelspolitik, die für Großbritannien von besonderem Interesse sind, gehört die Frage des freien Handels auf dem Gebiet der Dienstleistungen, einschließlich des Transports und des Versicherungswesens. David Howell, Verkehrsminister und einer der engagiertesten ‚Europäer' im britischen Kabinett, erklärte dazu am 8. Dezember in Rotterdam: „Es liegt in unser aller Interesse, daß der Handel frei fließt. Freizügigkeit und gerechter Wettbewerb auf dem Transportsektor sind unerläßlich, wenn der Binnenmarkt sicher etabliert sein soll." Zu den Flugpreisen (eine Frage, die von britischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments 1982 ausdrücklich aufgeworfen wurde) erklärte der Minister bei gleicher Gelegenheit: „Hinsichtlich des Luftverkehrs ist Großbritannien von der Notwendigkeit einer spürbaren und gemäßigten Liberalisierung überzeugt, um den Geschäftserfordernissen Europas gerecht zu werden, die Entwicklung der Gemeinschaftsregionen zu fördern und die Freizügigkeit und Integration ihrer Bewohner voranzutreiben. Wir wünschen eine Liberalisierung der gegenwärtigen europäischen Flugkostenstruktur."

Das Thema der Freizügigkeit der Dienstleistungen (ein Gebiet, das den britischen Versicherungen wegen restriktiver Praktiken in anderen Mitgliedstaaten Sorgen macht) wurde vom britischen Handelsminister Lord Cockfield in einer Rede am 22. Oktober in Lissabon angepackt: „Riesige Arbeit wurde darauf verwandt, daß der gemeinsame Binnenmarkt für Waren frei und wirksam funktioniert und Hindernisse beiseitegeräumt wurden. Das gleiche kann man für den Dienstleistungsbereich nicht sagen. Die britische Regierung glaubt, daß es höchste Zeit ist, die Ziele des Römischen Vertrages auf dem Gebiet der Dienstleistungen ebenso wie auf dem des Warenverkehrs zu verwirklichen. Wir halten Untätigkeit für unannehmbar." Was die Regionalpolitik der Gemeischaft anbelangt, deren generelle Bedeutung James Prior, der Minister für Nordirland, am 12. Oktober in Rom hervorhob, so gilt die britische Sorge der Bereitstellung von Ressourcen für Problemgebiete sowohl städtischen wie auch ländlichen Charakters. Dies kam auch in der Rede de Ministers für Umweltfragen (einschließlich Fragen des Städtebaus), Michael Heseltine, am 3. November in Antwerpen zum Ausdruck: „Der Regionalfonds sollte allen Städten zur Verfügung stehen, die jene Nöte ha-

ben, denen der Fonds abhelfen soll, indem er nationale Hilfen im Rahmen nationaler Städtebaupolitik ergänzt, die letztlich Teil der Gesamtregionalpolitik sind. Bei der zur Zeit stattfindenden Überprüfung des Regionalen Entwicklungsfonds müssen wir sicherstellen, daß künftig den Erfordernissen von Städten mit innerurbanen Problemen voll und flexibel Rechnung getragen wird."

In der Arbeitslosenfrage, die eines der Hauptprobleme der Gemeinschaft im Jahre 1982 war, legte der Arbeitsminister Norman Tebbit am 4. Oktober in Den Haag den nicht-interventionistischen Ansatz der Regierung Thatcher dar: „Ich sehe einige der Gemeinschaftsprioritäten auf dem Gebiet der Beschäftigung und der Sozialpolitik wie folgt: Erstens können wir unser Ziel des Abbaus von Arbeitslosigkeit und der Schaffung sicherer Arbeitsplätze nur erreichen, wenn wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrien gewährleisten. Das erfordert einen entschlossenen Widerstand der Gemeinschaft gegen jeden protektionistischen Druck und keinerlei Nachlassen im Kampf gegen die Inflation. Zweitens müssen wir der Berufsausbildung und Arbeitsplatzerfahrung junger Menschen, den Bedürfnissen der Langzeitarbeitslosen und der Entwicklung flexibler Arbeitszeitstrukturen, die mit den Erfordernissen der Industrie in Einklang stehen, höchste Priorität einräumen. Drittens müssen wir in dem Bemühen, diese Prioritäten wirksam werden zu lassen, ganz besonders darauf achten, daß Erfahrungsaustausch gefördert wird, der Sozialfonds den wichtigsten aktuellen Problemen der Gemeinschaft angemessen entspricht und den Gemeinschaftsprogrammen für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz eine klare praktische Orientierung zuteil wird. Ich möchte nachdrücklich betonen, daß der Weg nach vorn nur in praktischen Ansätzen gefunden werden kann."

Politische Zusammenarbeit und die Zukunft

1982 war der politische Aspekt der Gemeinschaftsangelegenheiten, einschließlich des sich fortentwickelnden Systems der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ), mehr noch als in den vorangegangenen Jahren für viele britische Beobachter der europäischen Fragen attraktiver als die Tätigkeit der Gemeinschaft als solche. Die Bedeutung der EPZ für Großbritannien wurde durch die außenpolitische Unterstützung Londons durch die EG-Staaten während des Falklandkonflikts im Frühjahr 1982 und durch die Wirtschaftssanktionen bestätigt, die von den meisten Gemeinschaftspartnern für die Dauer des Konflikts über Argentinien verhängt wurden[8]. Die starke Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich wurde von der britischen Regierung besonders begrüßt. Sie wußte aber auch die Solidarität der anderen EG-Staaten zu schätzen, auch derjenigen, die Einwände gegen eine vorbehaltlose Unterstützung der Maßnahmen hervorbrachten, weil sie – im Falle Irlands – ihre Eigenständigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik, oder – im Falle Italiens – besondere ethnische Beziehungen zu Teilen der argentinischen Bevölkerung geltend machten.

Die im Außen- und Commonwealthministerium mit der EPZ befaßten Beamten waren beeindruckt, in welcher Weise diese Zusammenarbeit auch bei

der Festlegung anderer gemeinsamer europäischer Positionen von Bedeutung war, beispielsweise in Bezug auf die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, den Streit mit den Vereinigten Staaten über die sibirische Gasleitung und den Konflikt im Nahen und Mittleren Osten.

Der Londoner Bürokratie im allgemeinen ist über den relativ begrenzten Kreis von Diplomaten, die direkt mit EPZ- oder EG-Angelegenheiten befaßt sind, hinaus zu Bewußtsein gekommen, daß die ‚Europäische Dimension' im Alltag der Ministerien, die für Wirtschafts- oder Sozialpolitik zuständig sind, eine immer größere Rolle spielt. Eine zunehmende Zahl von Beamten hat in der einen oder anderen Weise mit Brüssel zu tun. Der vorherrschende Ton und der Inhalt der britischen Beziehungen zur Gemeinschaft werden allerdings durch die Politik und die Prioritäten der Regierung Thatcher bestimmt, wie sie eingangs beschrieben wurden und im Laufe des Jahres 1983 mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter bestimmend sein werden.

Anmerkungen

1 Vgl. John Palmer, Britain and the EEC: The Withdrawal Option, in: International Affairs, London 1982, Nr. 4, S. 638–647.

2 Kenneth Fleet, Investment into the United Kingdom by Third Countries, London: European League for Economic Cooperation 1982.

3 Vgl. u.a. die folgenden offiziellen Darstellungen der britischen Position: The Budget Problem, London, Central Office of Information, September 1982, und The European Community Budget: Net Contributions and Receipts, London, Her Majesty's Treasury, Oktober 1982; siehe ergänzend dazu Thomas Läufer, Haushaltspolitik, in diesem Band.

4 Siehe ergänzend dazu Werner Weidenfeld, Die Bilanz der Europäischen Integration 1982, und Winfried von Urff, Agrar- und Fischereipolitik, in diesem Band.

5 Vgl. Datails über die Mai-Verhandlungen in Bulletin der EG, 5/1982.

6 Vgl. The Economist vom 25. Dezember 1982, S. 59.

7 Dieses und die folgenden Zitate sind entnommen aus: Britain in the European Community – A Positive Approach, London: Central Office of Information 1983.

8 Siehe ergänzend dazu Werner Weidenfeld, Die Bilanz der Europäischen Integration 1982, und Eberhard Rhein, Außenbeziehungen, in diesem Band.

Weiterführende Literatur

Developments in the European Community, January – June 1982, London: Her Majesty's Stationery Office, Cmnd 8669, 1983.

Developments in the European Community, June – December 1982, London: Her Majesty's Stationery Office, Cmnd 8838, 1983.

Fountain, Tony, Britain, in and out of Europe: an Economic Assessment, University of Warwick, Department of Politics, Working Paper No. 29, July 1982.

Morgan, Roger, The European Policy of the British Conservative Party: Liberal or National Priorities? In: Politische Grundströmungen im europäischen Integrationsprozeß, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1982, S. 63–79.